



Zwei Jahre Aggressionskrieg

Lücken zwischen Solidarität und proaktivem Handeln für das artikulierte Ziel

Dr. Klaus Olshausen

Februar 2024

Zusammenfassung

Ohne viel mehr Munition für uns, sagen Ukrainer, wird der Krieg Russlands zu Euch kommen. Wenige haben sich klar gemacht, dass die Ukraine ein tägliches 9/11 erlebt. Damals wurde gemeinsam gehandelt. Heute verhindert die Selbstabschreckung vor dem nuklear bewaffneten Aggressor überzeugendes gemeinsames Handeln. So bleibt es bei Solidarität und Unterstützung: militärisch zu wenig und nicht schnell genug. Und nun werden Dokumente für das „Übermorgen“ verfasst – ohne heute überzeugend so zu handeln, dass das Übermorgen erreichbar bleibt. Trotz aller Gräueltaten Russlands in diesem Krieg gibt es keine Ansätze mit der „responsibility to protect“ auch neue Optionen der Unterstützung zu suchen, ohne eigene Soldaten in der Ukraine einzusetzen. Es braucht kraftvolleres Handeln, um das von Kanzler Scholz formulierte Ziel zu erreichen: „Russland muss seine Truppen aus der Ukraine zurückziehen“.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Am 24. Februar äußert ein ukrainischer Artillerist, der im Gebiet Donezk kämpft, gegenüber AP: „Wir haben keine Munition, wir hatten keine Munition und wenn wir auch in Zukunft keine haben, dann bereiten sie den Krieg im Westen vor. Dann müssen ihre Männer so kämpfen, wie wir das tun.“

Haben westliche Bevölkerungen, insbesondere auch in den USA, sich mal bewusst gemacht, dass der Angriff am 24. Februar 2024 das zweite „9/11-Ereignis“ war: für die Ukraine und eben auch die westliche Staatengemeinschaft?

Seit zwei Jahren bewirkt die Selbstabschreckung der EU-, NATO- und Partner-Staaten gegenüber Russland, dass eine nukleare Großmacht – keine Terrororganisation wie Al Qaida – mit brutalsten Zerstörungen gegen ein großes Land ohne Atomwaffen weiterhin nach Belieben wüten kann – eine tägliche Fortsetzung von 9/11. Damals wurde gemeinsam gehandelt – nicht nur unterstützt.

Zwei Jahre Zerstörung, ja Vernichtung, und die westlichen Staaten und ihre Partner sind immer noch nicht in der Lage – oder willens – ihre gerade auch am zweiten Jahrestag des Überfalls laut tönende Solidarität in wirksamere militärische Unterstützung vor Ort, an der Front, im Luftraum und in der Tiefe der russischen Machtaufstellung umzusetzen.

Die Munich Security Conference (MSC) ist kaum vergangen. Und die Ratlosigkeit, die von Präsident Selensky fast flehentlich geforderte massive Unterstützung für seine Verteidigung, aber ebenso für seine Friedensformel wirkungsvoll und schnell voranzubringen, besteht fort. Aber die Parteien der Bundesregierung lassen im Parlament über eine neun Seiten lange Erklärung zur Unterstützung der Ukraine abstimmen, die bei derselben Formel bleibt: „Unterstützen, aber nicht verteidigen“. Und dann führt man um ein wesentliches Mittel „weitreichender Waffen“ noch einen Mummenschanz auf. Solches schadet der von Scholz immer wieder bestätigten, ja ausgerufenen Unterstützung der Selbstverteidigung der Ukraine und nutzt Russland, seinen Nachschub geschützt bereitzustellen und zu transportieren.

Bezeichnend bleibt, dass es viele Worte für das Übermorgen gibt, aber zu wenig Entschlossenheit und Handeln mit zu geringer Wirksamkeit für das Heute – und das Morgen. Dieses Auseinanderklaffen mit der Realität wird umso offenkundiger, wenn der Bundeskanzler bei der Münchner Sicherheitskonferenz zurecht konstatiert, „ohne Sicherheit ist alles nichts“. In den Ohren der Ukrainerinnen und Ukraine muss das wie Hohn klingen, da sie mit zwar umfangreicher, aber eben doch unzureichender Unterstützung den Angriff nicht abwehren und Sicherheit für die Ukraine nicht wiederherstellen können.

Viele Blicke ins Übermorgen vermeiden leider die Entschlossenheit für das Handeln heute, um Russland zu stoppen. Und ein Übermorgen für die Ukraine kann es nicht geben, wenn Russland nicht an den Grenzen der Ukraine gestoppt wird. „Die Ukraine darf nicht verlieren“ – Diese Formel lässt zu viel offen, um auch eine amputierte Ukraine und die Unterjochung vieler Ukrainer in besetzten Gebieten zuzulassen/hinzunehmen.

Die Tage um den 24. Februar 2024, dem Beginn des dritten Jahres dieser unmenschlichen Aggression, waren angefüllt mit vielen Gesten der Solidarität mit Demonstrationen, mit Reden und Appellen, der Ukraine zu liefern, was sie dringend benötigt, mit Reisen in die Ukraine, die einen Zusammenhalt zeigen sollten, der in den harten politischen Entscheidungen in EU, NATO und G7 immer wieder zäh erkämpft werden muss.



Es waren und sind keine völkerrechtlichen Überlegungen, warum die westlichen Staaten nach dem Überfall auf die Ukraine zwar ihre Möglichkeit nutzten, nach Artikel 51 der VN-Charta die individuelle Selbstverteidigung der Ukraine zu unterstützen, aber ablehnten, die erlaubte kollektive Selbstverteidigung in Anspruch zu nehmen. Vielmehr hatten Zweckmäßigkeitserwägungen, unterschiedliche Interessengewichtung und die immer wieder vorgetragene Sorge vor Eskalation diese Begrenzung eigenen Handelns schon deutlich vor Beginn des Angriffs verkünden lassen. Dies hat das Risikokalkül Russlands vor dem Angriffsbefehl um einen weiteren Punkt gemindert.

Trotz des militärischen Drucks auf die Ukraine, der massiven Kriegsverbrechen Russlands, der eigenen mantrahaften Aussage, dass Russland nicht gewinnen darf, bleibt es dabei, dass kein Unterstützer der Ukraine „völkerrechtlich Kriegspartei“ wird. Bei diesem Befund überrascht es auch nicht, dass selbst nach zwei Jahren der Grausamkeiten, keine politisch maßgeblichen Stimmen, weder bei den Vereinten Nationen noch bei den Staaten, einen Vorstoß machen, dass die „responsibility to protect“ jetzt das geeignete Verfahren bilden könnte, um gezielt wenigstens mit technologischen Mitteln, mit Aufklärung, mit Schutzmaßnahmen des Himmels über der Ukraine und ähnlichen Elementen eine aktive Unterstützung zu beginnen, die über Lieferung von Waffen, Ersatzteilen und Ausbildung außerhalb der Ukraine hinausreichen.

Mag die Ankündigung des Westens vor dem Kriege, dass man die Ukraine bei einem Angriff nicht mit eigenen Truppen verteidigen werde, in der Vorstellung gemacht worden sein, dass man so Putin weiter als Verhandlungspartner erhalten könne, um den Überfall auf die Ukraine abzuwenden. Zwei Jahre voller Gräuel, die aktuell schwierige Lage für die ukrainischen Streitkräfte und die Zerstörungen und Opfer im ganzen Land müssen Anlass sein, die bisher eingeschlagenen Wege mit Lieferung von Waffensystemen und Munition, oft zu wenig und für militärische Erfolge zu spät, auf den Prüfstand zu stellen. Denn es ist klar, dass die Aussagen rund um die Münchner Sicherheitskonferenz und den zweiten Jahrestag dieses schlimmen Krieges nun schnell mit kraftvollem Handeln in die von Kanzler Scholz vorgegebene Richtung: „Russland muss verlieren“ untermauert und vorgebracht werden müssen.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen